

Undici giorni di rilevamenti

	Valori medi (in nanocurie)											Maggio 1986	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Nell'ARIA (per metro cubo)													
Nord Italia	1,0	0,5	0,2	0,05	0,03	0,03	0,05	0,03	0,005	0,004	0,003		
Centro Italia	0,2	0,1	0,08	0,10	0,06	0,03	0,02	0,02	0,016	0,005	0,003		
Sud Italia	—	0,1	0,06	0,13	0,05	0,03	0,03	0,02	0,012	0,005	0,002		
Nei VEGETALI (per chilogrammo)													
Nord Italia	100	70	50	97	98	94	84	108	79	73	58		
Centro Italia	90	50	30	53	88	81	39	32	36	30	21		
Sud Italia	5	10	15	24	55	59	35	26	31	23	20		
Nel LATTE (per litro)													
Nord Italia	1,5	2,5	7	8	4,4	7	8	12	10	6	4		
Centro Italia	1	2	4	4	3,8	4,5	5	5	3	7	3		
Sud Italia	—	0,2	1,4	4	4,5	14,1	15	9	10	8	6		

Soglie di rischio

I punti di riferimento per valutare i dati della radioattività sono i seguenti, mantenuti per una settimana:

ARIA:

«Soglia di attenzione» 3,5 nanocurie/metrocubo.

«Soglia di pericolo» 35 nanocurie/metrocubo.

VEGETALI:

«Soglia di attenzione» 15 nanocurie/chilogrammo.

«Soglia di pericolo» 150 nanocurie/chilogrammo.

LATTE:

«Soglia di attenzione» 15 nanocurie/litro.

«Soglia di pericolo» 150 nanocurie/litro.



ZURIGO — Un bambino finge di bere latte radioattivo durante una manifestazione antinucleare (Foto Ap)

USA: nel latte dell'Oregon le prime tracce di Iodio 131

PORTLAND (Oregon) — (AP) Per la prima volta dal giorno dell'incidente nella centrale nucleare sovietica di Chernobyl, in Ucraina, è stata riscontrata la presenza di radioattività da Iodio 131 nel latte dell'Oregon.

Le autorità sanitarie hanno però precisato che si tratta di livelli minimi che non destano preoccupazione per la salute dell'uomo.

Nel latte dell'Oregon, stato che si trova sulla costa del Pacifico, sono state trovate tracce di Iodio 131 e Cesio 137.

Trümmer für Jahrhunderte einbetoniert

Sowjetbehörden orientierten über in Tschernobyl getroffene Massnahmen

Der weissglühende, radioaktive Kern des Unglücksreaktors im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl drohte nach offiziellen sowjetischen Angaben in die Erdkruste durchzubrennen, ehe es Fachleuten gelang, die Schmelzmasse zu kühlen. Wie am Dienstag weiter mitgeteilt wurde, werden die Trümmer des Reaktors und dessen Umgebung für Jahrhunderte mit einer Betondecke versehen, um ein weiteres Austreten von radioaktiven Partikeln und Strahlung zu verhindern.

Moskau. - Der Chef der von der sowjetischen Regierung mit der Untersuchung des Unglücks eingesetzten Kommission, Boris Schtscherbina, informierte am Dienstag ausländische Diplomaten über die Arbeiten zur Bewältigung der Katastrophe. Teilnehmer berichteten anschliessend, die Ursache des Unglücks sei nach wie vor unbekannt, wie die sowjetischen Experten erklärt hätten. Der radioaktive Ausstoss habe eine Höhe von tausend Metern nicht überstiegen, so dass die schädlichsten Stoffe im Umkreis von 30 Kilometern - der Evakuierungszone - wieder heruntergekommen seien, durch eine schnelle Reaktion auf den Unfall habe man die gefährlichen Aerosole «reduzieren können». Gegenwärtig verzeichne man keinen Austritt von Radioaktivität im Unglücksreaktor. Die Parteizeitung «Prawda» hatte am Dienstagmorgen jedoch noch das Gegenteil berichtet. Im Reaktor selbst betrage die Temperatur noch 300 bis 400 Grad Celsius, der 3. Block sei unbeschädigt, jedoch habe man in ihm erhöhte Radioaktivität gemessen.

Nur auf 6 Prozent Leistung

Iwan Jemeljanow, der stellvertretende Direktor jener Wissenschaftlergruppe, die den mit Graphit moderierten Druckröhrenreaktor mit einer Leistung von 1000 Megawatt geplant hat, betonte in Moskau vor westeuropäischen Journalisten, die Kettenreaktion im Reaktor sei unmittelbar nach dem Unfall zum Stillstand gekommen, womit die Gefahr eines Durchschmelzens vermieden worden sei.

die Erde. Auch die Umgebung werde zubetoniert. Der zerstörte Reaktor werde für Jahrhunderte in eine Betonhülle mit Kühlsystem eingeschlossen bleiben, bis alles radioaktive Material zerfallen sei. Zwei der insgesamt vier Reaktoren von Tschernobyl sollten nach Beseitigung der Strahlung wieder in Betrieb gehen, der dritte genau untersucht werden. (ig/AP)

Gorbatschow-Rede angekündigt

Moskau/Wien. - Das sowjetische Fernsehen hat für Mitwochabend die Übertragung einer Rede von Parteichef Michail Gorbatschow angekündigt. Westliche Beobachter in Moskau erwarten, dass er sich zum Reaktorunglück in Tschernobyl äussert. Seit dem Unglück vom 26. April hatte es keine öffentliche Erklärung Gorbatschows zu dem schweren Atomunfall gegeben.

Die sowjetischen Medien hätten zwar spät, aber vermutlich nicht unwahr über den Reaktorunfall von Tschernobyl berichtet, sagte der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Hans Blix, am Dienstag in Wien. Eine Berichterstattung nach westlicher Art hätte in der Sowjetunion in diesem speziellen Fall leicht in einer - grösstenteils unnötigen - grossen Panik enden können, meinte Blix, der von einem Augenschein in der UdSSR nach Wien zurückgekehrt ist. Viele Werksangestellte und Feuerwehrleute seien in Tschernobyl ernsthaft verletzt worden, und er glaube, dass Tschernobyl im Westen zu einer neuen Diskussion über die Atomenergie führen werde, sagte der schwedische IAEO-Direktor. (SDA)

Jemeljanow berichtete, der Reaktor habe 192 Tonnen Uran enthalten. Von dem viel gefährlicheren Uran-235 habe sich jedoch nur eine vergleichsweise geringe Menge in der Anlage befunden, weil der Reaktor wegen Wartungsarbeiten auf sechs Prozent seiner Leistung heruntergefahren worden sei.

Jemeljanow bestätigte westliche Berichte, wonach der Unglücksreaktor keine konventionelle Schutzhülle hatte, wie sie im Westen verwendet wird, um ein Austreten von Radioaktivität im Falle einer Panne zu verhindern. Der Wissenschaftler betonte jedoch, auch der Reaktor in Tschernobyl habe als Sicherheitsvorkehrung in seinem unteren Teil «hermetische Blöcke» gehabt. Eine «Kuppel» habe der Tschernobyl-Reaktor jedoch nicht gehabt.

In der UdSSR ist erneut bestätigt worden, dass seit Sonntag keine Gefahr mehr besteht, dass die Kernschmelze im 4. Reaktorblock des Atomkraftwerkes von Tschernobyl das Betonfundament durchfrisst und in die Erde eindringt. In einem Bericht aus Tschernobyl schrieb die Parteizeitung «Prawda» am Dienstag unter Berufung auf Jewgeni Welichow, einen der Leiter der Aufräumungs- und Säuberungsaktion, es könne Monate dauern, bis die Arbeiten zum Einbetonieren des Reaktors und zum Versiegeln des immer noch strahlenden Kerns abgeschlossen seien. Nach Angaben von Jemeljanow sollen auch das Kühlsystem des Reaktors und andere Teile der Anlage mit Beton ausgegossen werden. Welichow sagte, eine Katastrophe in Tschernobyl, nämlich ein Durchschmelzen des weissglühenden Kerns in die Erdkruste, sei dadurch vermieden worden, dass man aus dem Auffangbecken das Wasser abgepumpt und Löcher in den Reaktor gebohrt hätte, um die Hitze abzuleiten.

92 000 Evakuierte für Jahre nicht zurück

Wie der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Iwan Silajew der «Prawda» erklärte, sei der Reaktor noch nicht unschädlich, auf dem Territorium des Atomkraftwerkes und in der Umgebung gebe es noch radioaktive Substanzen. «Man kann keine Prognosen geben, aber es erfordert eine lange Zeit, um alle

Einbussen für Schweizer Gemüsebauern

Welcher Schaden Tschernobyl der schweizerischen Landwirtschaft zufügt, lässt sich vorläufig noch kaum abschätzen. Der befürchtete Minderabsatz von Lebensmitteln, in denen sich Spuren der radioaktiven Belastung nachweisen lassen, trifft vorab die Gemüseproduzenten. Bei der Milch ist eine Konsumverlagerung von Frisch- und Pastmilch auf UP- oder UHT-Milch beziehungsweise Milchpulver feststellbar.

■ VON RICHARD DIETHELM, BERN

Grosse Nervosität herrscht derzeit vor allem bei den Gemüseproduzenten, die im Unterschied zu den Milchproduzenten keine Abnahmegarantie besitzen und damit das Problem nicht auf die nachfolgende Stufe abwälzen können. Fredi Schwab, Direktor des Verbandes schweizerischer Gemüseproduzenten, hat aufgrund einer am Montagabend bei Grossverteilern durchgeführten Umfrage den täglichen Mindererlös der Gemüsebauern auf eine halbe Million hochgerechnet. Beim Kopfsalat, der bis anhin fast ausschliesslich aus dem Anbau in Plastiktunnels stammte, nun aber in zunehmendem Masse aus Freilandkulturen angeboten wird, können seit Samstag gegen 1 Million Stück oder

die Hälfte des normalen Tagesabsatzes nicht mehr verkauft werden.

Muss der Bund entschädigen?

Schwab befürchtet, dass die Gemüsebauern den Tschernobyl-Schaden aus dem eigenen Sack berappen müssen. Nach einem ersten Kontakt mit dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) stuft er die Chancen, dass der Bund die Gemüsebauern entschädigen werde, als gering ein. Der Stellvertretende Generalsekretär des EVD, Anton Nell, bestätigte zwar auf Anfrage, dass eine Rechtsgrundlage für eine allfällige Entschädigung durch den Bund nur im Fall eines widerrechtlich erlittenen Schadens bestehe. Aber wenn zweifelsfrei feststehe, dass die Gemüseproduzenten

Einbussen in einer bestimmten Höhe wegen des KKW-Unfalls in der Sowjetunion erlitten hätten, so werde man die Sache auf jeden Fall prüfen.

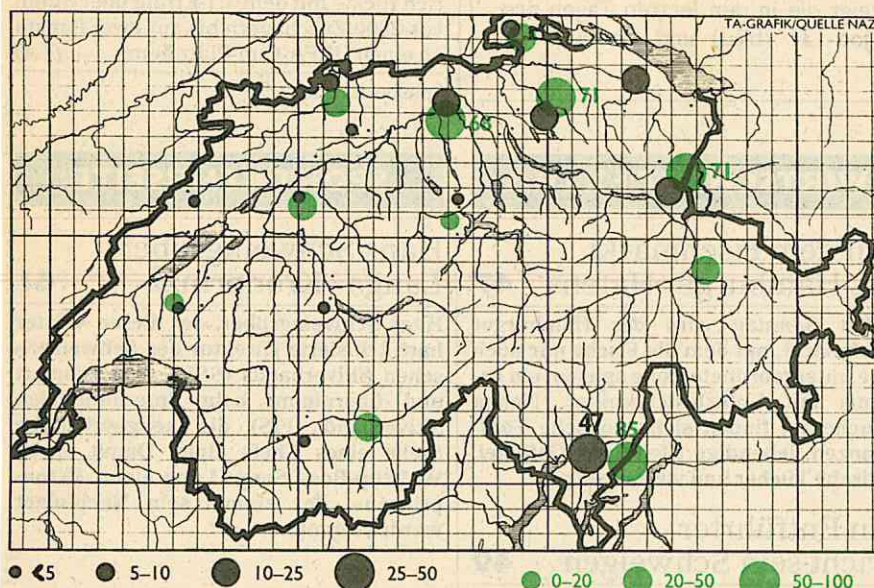
Umlagerungen bei Trinkmilch

Weniger Aufregung herrscht an der Milchverkaufsfront. Edouard Stucki, Direktionspräsident des Milchverbandes Winterthur, hat bisher nur eine geringe Abnahme des Trinkmilchkonsums im Verbandsgebiet festgestellt. Die Konsumenten sind jedoch auf uperisierte oder UHT-Milch sowie Milchpulver ausgewichen. Gemessen an den 1,5 Millionen Kilogramm Verkehrsmilch, die die Tonimolkereien im Schnitt täglich verarbeiten, ist der Minderabsatz bisher verschwindend klein.

«Wir verarbeiten die Milch genauso wie sonst», sagt Stucki. Dauerprodukte, wie etwa UHT-Milch oder Milchpulver, die seit dem 2. Mai hergestellt worden sind, werden jedoch nur zum Verkauf freigegeben, wenn sie vom Kantonschemiker kontrolliert und als unbedenklich taxiert worden sind. Milchpulver stellt der Milchverband Winterthur nicht für den Detailhandel her, weil er keine Abfüllanlagen für Kleinverpackungen besitzt.

Milchrechnung allenfalls belastet

Meldungen über gewisse Umsatzeinbussen sind beim Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten (ZVSM) eingegangen. Verbandsdirektor und SVP-Nationalrat Fritz Hofmann kann jedoch erst nach der Auswertung der Monatsstatistik Zahlen nennen. Am stärksten dürfte der Rückgang im Tessiner Milchverband ausgefallen sein. Der ZVSM sah sich bisher noch nicht gezwungen, an der üblichen Milchverwertung etwas zu ändern. Dort, wo der Trinkmilchkonsum insgesamt abgenommen hat, wird die überschüssige Milch zentrifugiert und einerseits zu Milchpulver und andererseits zu Schlagrahm oder Butter verarbeitet. Das wird seinen Niederschlag in der Milchrechnung haben, denn im Unterschied zur Trinkmilch ist die Verarbeitung zu Butter oder Pulver nicht kostendeckend. Hofmann betont ebenfalls, dass keine Trockenmilch auf dem Markt gelangt, die nach dem 2. Mai hergestellt worden ist.



Blattgemüse und Salat: Die Karte zeigt die in den letzten Tagen pro Region maximal gemessenen Konzentrationen von Jod-131 (grün) und Cäsium-137 (schwarz) in milliardstel Curie pro Kilogramm (ungewaschen). Noch vor einer Woche lagen die maximalen Jodwerte einiges über 200, die Cäsiumwerte über 100 milliardstel Curie pro Kilogramm.

Schweizer Gemüsebauern protestieren

Auch für die nächsten Tage gelten die vorsorglichen Empfehlungen der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz (KAC), die vor anderthalb Wochen bekanntgegeben wurden. Die Umgebungsstrahlung ist zwar weiter am Zurückgehen, aber Milch und Gemüseproben enthalten nach wie vor Radioaktivität. Der Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten (VSGP) hat die Aufrechterhaltung dieser Massnahmen scharf kritisiert.

Unveränderte Radioaktivität in der Kuhmilch der Nord-, Ost- und Süd-schweiz, sinkende Werte in den übrigen Landesteilen sowie auch eine Radioaktivitätsabnahme bei Gemüse und Salat aus Freilandkulturen, das stellt die KAC in ihrem 14. Lagebericht am Dienstag fest. Die Direktstrahlungsmessungen zeigen noch erhöhte Werte von knapp 40 bis gut 60 Millionstel Röntgen pro Stunde im Tessin und in einem kleinen Bereich bei Chiasso gar über 100 Millionstel Röntgen pro Stunde. Die gesamte restliche Schweiz hat Werte um die 20 (Bodensee, Thurmündung, Jura) oder darunter. Als normal gelten 10 Millionstel Röntgen pro Stunde. Zu den Strontiumwerten teilt die Kommission mit, dass die Belastung unter jener in den Jahren 1958 bis 1962 liege, die durch atmosphärische Kernwaffenexplosionen verursacht wurde.

Zur Erinnerung wiederholt die KAC die nach wie vor für die Vorsorge geltenden Empfehlungen: Kinder unter zwei Jahren, Schwangere und stillende Mütter sollen keine Frischmilch und kein Freilandgemüse wie Salat, Spinat, Lattich usw. zu sich nehmen. Die übrige Bevölkerung soll Freilandgemüse und Salat gründlich waschen beziehungsweise schälen. Mit Waschen kann man radioaktives Jod zu etwa einem Drittel und die übrigen radioaktiven Substanzen zu zwei Dritteln entfernen. Nach wie vor soll keine Schafsmilch getrunken werden von Tieren, die im Freien weiden; die Milch kann zu Käse verarbeitet werden, der mindestens drei Wochen lagern soll.

Der Verband Schweizerischer Gemüseproduzenten hat scharf kritisiert, dass an den vorsorglichen Empfehlungen festgehalten wird. Die neuesten Messungen hätten keine gesundheitsschädigenden Konzentrationen mehr ergeben. Auch wird bemängelt, dass das Gemüse vor dem Messen verschiedentlich nicht gewaschen wurde – was die KAC laut Pressemeldungen bestätigte (das Kärtchen auf Seite 2 enthält Messwerte von ungewaschenem Gemüse). Der VSGP beklagt auch, dass die unterschiedlichsten Massnahmen in verschiedenen Ländern «unnötigerweise» Ängste auslösten. Die Unklarheiten und widersprüchlichen Meinungen und Meldungen sowie die aufgetretenen organisatorischen Mängel hätten destabilisierend gewirkt.

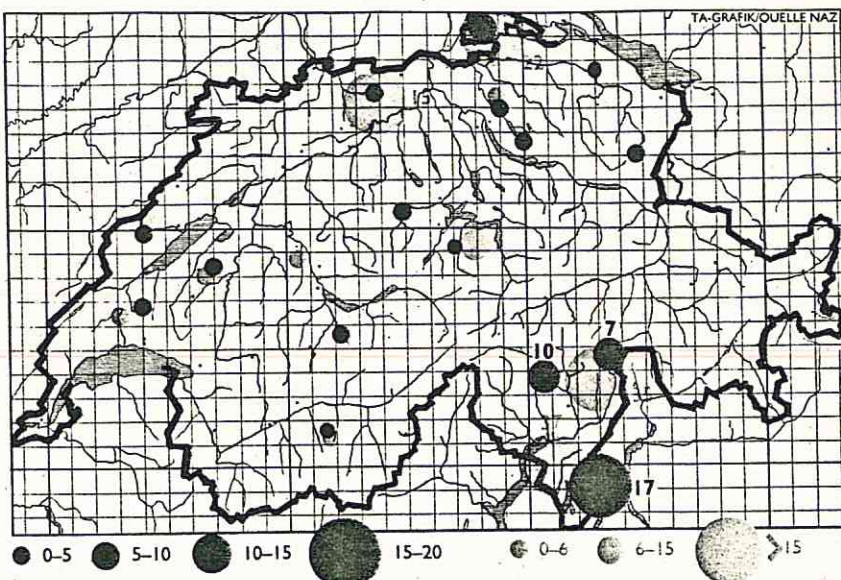
Kernenergiestopp gefordert

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) in Bern hat

gegen die von Italien gegen die Schweiz verhängte Importsperr bei der Europäischen Gemeinschaft (EG) und bei der italienischen Regierung offiziell protestiert. Italien hatte ein absolutes Importverbot für lebende Haustiere, erlegtes Wild und Zuchttiere aus der Schweiz erlassen sowie eine Sperre für tierische und pflanzliche Nahrungsmittel, die nach dem 20. April hergestellt worden sind. Betroffen scheint vor allem Joghurt.

In einem offenen Brief an Bundesrat Leon Schlumpf haben rund 300 Unterzeichner gegen die Äusserungen des Vorstehers des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes protestiert und einen Kernenergiestopp gefordert. Schlumpf hatte gesagt, Tschernobyl werde keine Auswirkungen auf die Schweizer Kernenergiepolitik haben.

(bt./SDA/AP)



Radioaktivität in der Kuhmilch: Die Karte zeigt die in den letzten Tagen pro Region maximal gemessenen Werte von Jod-131 (blau) und Caesium-137 (schwarz) in milliardstel Curie pro Liter.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Tschernobyl-Katastrophe sind vorläufig nur in groben Umrissen abzuschätzen. Sicher ist, dass die teils stark verschuldeten Staaten Osteuropas vor neue Probleme gestellt werden. In den Ländern der EG gab es für Landwirtschaft, Tourismus und Lebensmittelhandel bereits beträchtliche Verluste; mittelfristig könnte die EG-Landwirtschaft allerdings von Tschernobyl profitieren.

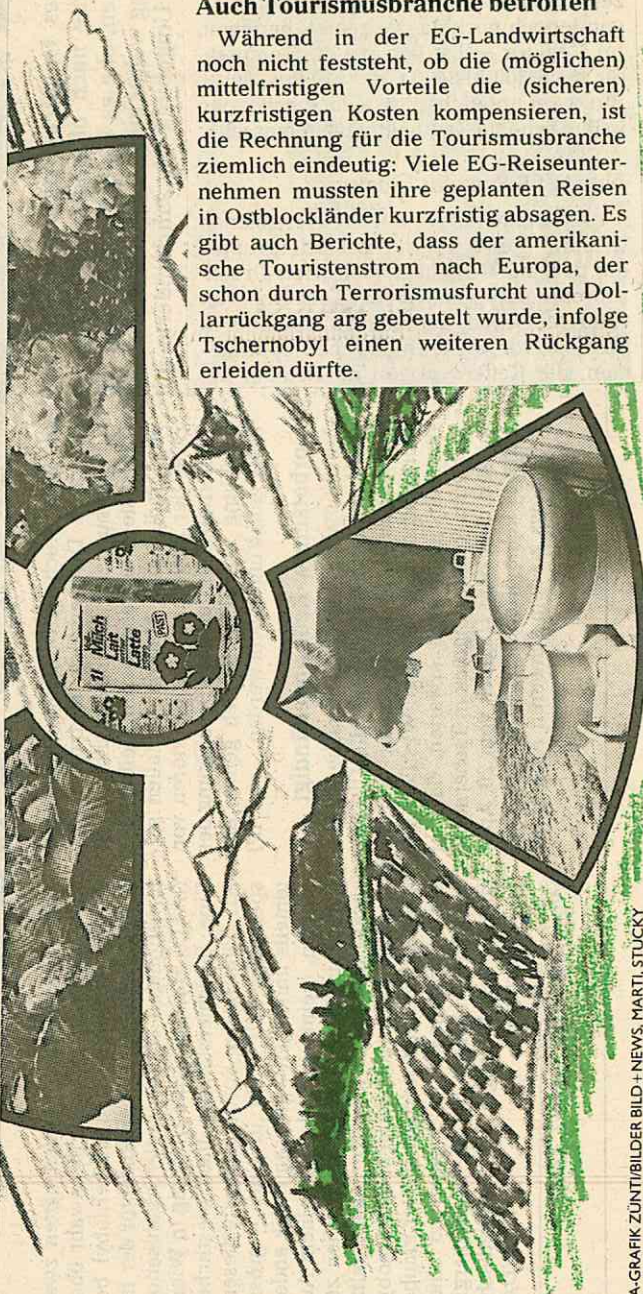
■ VON MARK SCHENKER, BRÜSSEL

Der am Montag beschlossene EG-Einfuhrstopp für Agrarprodukte aus den Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftszusammenarbeit (RGW) sowie Jugoslawien entspricht einem Jahresexportvolumen von rund 1 Milliarde Ecu (1 Ecu = 1,85 sFr.). Wenn man die Jahreswerte auf eine Periode von etwa drei Wochen umrechnet (der Brüsseler Einfuhrstopp ist vorläufig bis am 31. Mai in Kraft), könnten die betroffenen Staaten Sowjetunion, Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien Exporteinfuhrbussen von insgesamt vielleicht 150 Mio. sFr. erleiden. Das erscheint zunächst nicht sehr gravierend; doch wenn man die schwierige Lage einzelner RGW-Staaten (wie etwa Polen und Rumänien) in Betracht zieht, ergeben sich für die betroffenen Regierungen doch beträchtliche Probleme. Diese Länder hatten bereits vor Tschernobyl grosse Mühe, die nötigen Devisen zu verdienen, um ihre Schulden zurückzahlen.

Auf den ersten Blick scheint die Sowjetunion weniger betroffen als die osteuropäischen «Satellitenländer»; die UdSSR ist ja traditionell ein grosser Agrarimporteur und führt nur am Rande Agrarprodukte nach Westeuropa aus. Doch nach den Meinungen der Fachleute hat das Reaktorunglück in der Ukraine grosse Flächen des fruchtbarsten sowjetischen Landwirtschaftsgebietes verstrahlt. Deshalb ist zu erwarten, dass die UdSSR in den kommenden Monaten ihre Agrarimporte beträchtlich erhöhen muss. An den internationalen Getreidemärkten haben jedenfalls die Notierungen für Weizen und andere Getreidearten bereits spürbar angezogen. Da in der Gegend um

Verluste für Bauern – oder Profit?

Vom Reaktorunglück in Tschernobyl ist die europäische Landwirtschaft betroffen



TA-GRAFIK ZÜNTI/BILDER BILD + NEWS, MARTI, STÜCKY

chern, und auch für sonstige Produktionseinbussen, die als direkte oder indirekte Folge von Tschernobyl resultierten, gibt es keinerlei Versicherungsschutz. Bei der Brüsseler EG-Kommission und auch in einzelnen EG-Mitgliedstaaten wird derzeit erwogen, ob man in besonderen Härtefällen finanziell einspringen soll.

Auch Tourismusbranche betroffen

Während in der EG-Landwirtschaft noch nicht feststeht, ob die (möglichen) mittelfristigen Vorteile die (sicheren) kurzfristigen Kosten kompensieren, ist die Rechnung für die Tourismusbranche ziemlich eindeutig: Viele EG-Reiseunternehmen mussten ihre geplanten Reisen in Ostblockländer kurzfristig absagen. Es gibt auch Berichte, dass der amerikanische Touristenstrom nach Europa, der schon durch Terrorismusfurcht und Dollarrückgang arg gebeutelt wurde, infolge Tschernobyl einen weiteren Rückgang erleiden dürfte.

byl profitieren – zumal durch das Brüsseler Importverbot auch die osteuropäischen Konkurrenten ausgeschaltet wurden.

Verluste für EG-Gemüse- und Milchproduzenten

Vorläufig ist das allerdings noch Zukunftsmusik. Vor allem die Gemüseproduzenten und Milchherzeuger unter den EG-Bauern haben in den letzten Wochen beträchtliche Verluste erlitten. Die Milchbauern mussten teilweise (in Dänemark und Holland) ihre Kühe im Stall behalten, was nicht nur die Milchherzeugung beeinträchtigte, sondern auch zum Kauf von teuren Futtermitteln zwang. Die Schätzungen über die Verluste variieren allerdings stark – in den Niederlanden

Tschernobyl zudem viel Milch und Milchprodukte erzeugt werden, ist auch in dem Sektor mit einem beträchtlichen zusätzlichen Importbedarf der UdSSR zu rechnen.

EG-Staaten könnten in Lücke springen

Sollten sich diese Erwartungen bestätigen, wäre die EG müheelos in der Lage, die zusätzliche sowjetische Nachfrage zu decken. In den EG-Lagerhäusern stapeln sich derzeit fast 20 Millionen Tonnen unverkäufliche Getreidevorräte, und in den Kühlhäusern liegen 1,3 Millionen Tonnen Butter sowie 700 000 Tonnen Milchpulver. Die 12 Millionen EG-Landwirte könnten also mittelfristig von Tscherno-

beziffert der Bauernverband zum Beispiel die Einbussen auf gegen 20 Millionen Schweizer Franken, in andern Staaten hört man von wesentlich grösseren Kosten. Noch stärkere Verluste haben indessen die EG-Gemüseproduzenten erlitten. In fast allen Staaten der Gemeinschaft für Frischgemüse ein starker Nachfragerückgang zu konstatieren. Dies, obwohl die laufenden Messungen nur eine geringfügige Zunahme der Radioaktivität feststellten, die deutlich unter den erlaubten Werten lag. Die Verlustschätzungen schwanken hier zwischen «wenigen» bis zu «mehreren hundert» Millionen Franken.

Unklar ist derzeit auch, wer für diesen Schaden aufkommen muss. Gegen einen «Käuferstreik» kann man sich nicht versti-

Tschernobyl-Debatte in Luzern

Luzern. – «Wenn es überhaupt zur Realisierung kommt, wird Kaiseraugst eine weitere Verzögerung erfahren.» Dies erklärte der Luzerner Schultheiss (Regierungspräsident) Erwin Muff vor dem Kantonsrat in einer Debatte über die Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl. Die anderthalbstündige Diskussion wurde durch fünf dringliche Vorstösse aus fast allen Fraktionen des Grossen Rates ausgelöst.

Der Rat überwies eine Motion, welche einen umfassenden Bericht über die Folgen von Tschernobyl auf den Kanton Luzern verlangt. Weitergehende Konsequenzen lehnte die Ratsmehrheit ab. Die POCH-Fraktion hatte, unterstützt von den Sozialdemokraten, eine Ständesinitiative für den Verzicht auf einen weiteren Bau von Kernkraftwerken und die Stilllegung der bestehenden Werke verlangt. Auch auf der bürgerlichen Ratsseite war aber davon die Rede, dass der technische «Machbarkeitsglaube angeknackt» sei.

Über das schlechte Management der Alarmorganisation in der Schweiz wurde gesagt, es habe das «Vertrauen in die verantwortlichen Behörden unterhöhlt». Ein Sprecher der POCH erklärte, dass bei einer ähnlichen Katastrophe im schnellen Brüter von Malville in Frankreich die ganze Schweiz evakuiert werden müsste. Mit einem Transparent («Tschernobyl-Gleichgültigkeit ist tödlich») demonstrierte die POCH-Fraktion gegen die Ablehnung ihres Vorstosses und die mit Redezeitbeschränkungen verkürzte Debatte über die Auswirkungen der Katastrophe im russischen Kernkraftwerk. In zahlreichen anderen kantonalen Parlamenten sind Vorstösse zu Tschernobyl häufig oder schon diskutiert worden. (rwe)

BRD verspricht rasche Hilfe

■ VON THOMAS RÜST, BONN

Der bundesdeutsche Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle hat den Bauern am Dienstag rasche und unbürokratische Hilfe zugesagt. Allen Gemüseproduzenten und -händlern, die in ihrer Existenz bedroht sind, sollen auch Vorschüsse bezahlt werden.

Zentrales Motiv der Bundesregierung ist, vor den Wahlen in Niedersachsen (15. Juni) die Bauern nicht noch zusätzlich zu beunruhigen. Wegen der EG-Agrarpreispolitik hatten die Landwirte den Regierungsparteien bei vorangegangenen Wahlen in Schleswig-Holstein die Unterstützung versagt.

An sich könnten die Geschädigten, deren Spinat und Salat untergepflügt bzw. auf den Abfall gekippt wurde, gemäss Atomgesetz Entschädigungen verlangen. Doch Landwirtschaftsminister Kiechle räumte am Dienstag freimütig ein, die dortigen Leistungszusagen seien lediglich auf dem Papier vorhanden, unter anderem weil noch keine Entschädigungssätze festgelegt worden seien; auch wäre mit ausserordentlich langen und komplizierten Verfahren zu rechnen.

(87)

Wer soll das bezahlen?

Wer soll das bezahlen? Die radioaktive Strahlung nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl ist rückläufig, doch die direkten und indirekten Schäden gehen in die Milliardenbeträge. Die Bauernverbände in mehreren westeuropäischen Ländern haben Geldforderungen für beschlagnahmtes Gemüse und unverkäuflich gewordene Nahrungsmittel angemeldet.

■ VON PIERRE SIMONITSCH, GENÈVE

Die osteuropäischen Staaten könnten theoretisch nicht nur gegen die Sowjetunion klagen, sondern auch gegen die EG-Staaten, die eine Einfuhrsperre für Agrarerzeugnisse erlassen haben, ohne zu prüfen, ob die einzelnen Lieferungen aus Osteuropa tatsächlich radioaktiv verseucht sind. Beschwerden wegen handelshemmender Praktiken werden in der Regel beim allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) in Genf eingebracht.

Was die Strahlungsschäden betrifft, so scheint die Rechtslage nach dem Vursacherprinzip einfach. Die sowjetischen Stellen haben zumindest schwere Unterlassungssünden begangen: mangelnde Betriebssicherheit der Reaktoranlage von Tschernobyl, die Unterschätzung der Gefahren nach dem Unfall und die verspätete, unzureichende Information der Nachbarstaaten. Diese Tatsachen werden von der Sowjetunion selbst nicht bestritten.

Leider kennt das Völkerrecht für solche Fälle aber keine klaren Regeln. Schwierig ist auch die Festsetzung einer Schadenssumme, die in kausalem Zusammenhang mit dem Reaktorunfall steht. Die Sowjetunion wird gewiss geltend machen, dass die in einigen westeuropäischen Staaten verfügten Vorsichtsmassnahmen überflüssig sind. In Abwesenheit international anerkannter Normen, von welchen Grenzwerten an radioaktive Strahlung die Gesundheit gefährdet, droht eine Diskussion ohne Ende.

Das einzige überstaatliche Gremium, das Streitfälle zwischen Regierungen behandeln kann, ist der Internationale Gerichtshof in Den Haag. Beide Parteien müssen aber einverstanden sein, an diesem Gerichtshof zu prozessieren. Die 15 Richter, darunter ein Sowjetrusse, sind daher meistens arbeitslos. Die

Sowjetunion gehört zu jenen Staaten, die aus grundsätzlichen Erwägungen nie den Weg nach Den Haag beschreiten. Sie anerkennt nämlich keine supranationale Instanz, welche die staatliche Souveränität beschneiden könnte.

Die einzige Möglichkeit, einen Prozess gegen die sowjetische Regierung zu führen, bleibt der Gang vor ein sowjetisches Gericht. Im Falle Tschernobyl wäre der zuständige Gerichtsort Kiew. Über den Spruch ukrainischer Richter braucht man sich wohl keinen Illusionen hinzugeben.

Mehr Erfolg verspricht indessen, über die diplomatischen Kanäle an die Sowjetunion heranzutreten. Den Kanadiern ist es auf diese Weise gelungen, einen Teil der Kosten für ihre Suchaktion nach dem havarierten sowjetischen Spionagesatelliten Kosmos 954 hereinzuholen. Der 1978 über kanadischem Territorium abgestürzte Satellit besass einen Minireaktor als Kraftquelle mit einer halben Tonne Uran. Nach zähen Verhandlungen erklärte sich die Sowjetunion bereit, eine runde Million Dollar für die Suche nach Wrackteilen und deren Rückgabe zu bezahlen. Personen- oder Sachschäden waren in dem menschenleeren Absturzgebiet nicht entstanden.

Die Katastrophe von Tschernobyl zeigt, dass eine entwichene radioaktive Wolke Tausende von Kilometern zurücklegt, bevor ihre Ausstrahlung auf ein ungefährliches Mass sinkt. Die Regierungen bewiesen in der Vergangenheit aber wenig Interesse, für diese Eventualität einen internationalen Rechtsrahmen zu schaffen. Offenbar befürchteten sie, den Nimbus der absoluten Zuverlässigkeit von Kernkraftwerken zu erschüttern. Ausserdem hätte eine solche Konvention auch die Frage nach der Verantwortung für «gewöhnliche» grenzüberschreitende Luftverschmutzung aufgeworfen.

Tschernobyl-Bilanz im Norden

Schweden und Finnland überprüfen ihre KKW-Politik

Schweden ist bereit, einen Teil seiner Kernkraftwerke vorzeitig ausser Betrieb zu nehmen, falls die Auswertung des Unglücks von Tschernobyl zu neuen Schlussfolgerungen über die Sicherheit der schwedischen KKW führt, erklärte Energieministerin Birgitta Dahl in einer Debatte im schwedischen Reichstag. Auch in Finnland scheint die Regierung zur Überprüfung ihrer KKW-Pläne bereit: Die Beschaffung eines fünften KKW wird zumindest ausgesetzt.

■ VON EDI STRUB, STOCKHOLM

In Schweden stehen zwölf Kernkraftwerke in Betrieb, in Finnland vier. Keines dieser Werke ist von einem Typ, das ein Unglück wie im graphitmoderierten Tschernobyl-Reaktor möglich erscheinen lässt. Selbst ehemals überzeigte KKW-Anhänger halten es in diesen Ländern aber heute für notwendig, die Sicherheitskalküle für die 16 finnischen und schwedischen (leichtwassermoderierten) Reaktoren zu überprüfen.

Finnland hat Sowjetreaktoren

In beiden Ländern stehen die Regierungen zudem unter dem Druck einer verunsicherten und zum Teil sogar verängstigten Öffentlichkeit: Die technische Komplexität dieser Anlagen gestaltet eine leidenschaftslose, allen verständliche Diskussion der Sicherheitsfragen schwierig. Anti-Atomkraft-Organisationen haben denn die Gelegenheit auch benützt, für ihr Postulat einer bedingungslosen

ist nun gezwungen, seinen Technikimport aus der Sowjetunion auszuweiten. Die Beschaffung eines weiteren Sowjetreaktors hätte somit gut in die Pläne Helsinki gepasst.

Die Dänen tragen schwedisches Risiko

In Schweden steht nach dem Unglück von Tschernobyl vor allem die Stillegung der beiden Reaktoren in Barsebäck zur Diskussion. Die von der schwedischen ASEA hergestellten Siedewasserreaktoren liegen in unmittelbarer Nähe des Ballungszentrums Malmö-Kopenhagen. Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen von Menschen müssten ihre Heime verlassen, wenn eine Explosion (wie in Tschernobyl) Reaktortank und Reaktorgebäude aufzissen. Eine solche Katastrophe wird bei den schwedischen Sicherheitsvorkehrungen zwar als unmöglich bezeichnet, die Glaubwürdigkeit solcher Versicherungen ist nach den Unfällen von Harrisburg und Tschernobyl bei der Öffentlichkeit jedoch gering.

Die schwedischen KKW-Behörden haben als zusätzliche Sicherheitsmassnahme die Ventile der beiden Reaktoren mit Filtern versehen, die im Falle einer Notsituation (Überdruck) radioaktive Stoffe zu 99,9% zurückhalten. Auch diese Massnahmen vermochten manche KKW-Gegner jedoch nicht zu beruhigen.

In einer ersten Lesung hat das dänische Parlament vergangene Woche beschlossen, die schwedische Regierung aufzufordern, Barsebäck mit Rücksicht auf die Nähe zu Kopenhagen (20 km) schon jetzt stillzulegen. Die schwedische Regierung ist nach Aussagen von Premierminister Ingvar Carlsson bereit, diese Forderung ernsthaft zu prüfen. Die schwedische Energiekommission hat den Auftrag erhalten, einen Bericht auszuarbeiten. In einer Volksabstimmung hatte das schwedische Volk 1980 beschlossen, alle Kernkraftwerke bis 2010 stillzulegen. Was nun zur Debatte steht, ist die Vorverlegung dieses Zeitpunkts.

Ein Land ohne KKW

Dänemark hat keine Kernkraftwerke, sondern erzeugt seine Elektrizität zur Hauptsache mit Kohle. Schwedische KKW-Gegner haben die Dänen daran erinnert, dass auch diese Art von Energieerzeugung mit grossen Risiken verbunden ist. Bergarbeiter stürben an Staublungen, und Schwefel- und Schwermetallmissionen zerstörten die Umwelt. Die schwedische Energie- und Umweltministerin Birgitta Dahl legte in der Debatte im schwedischen Reichstag denn auch Gewicht auf den Grundsatz, dass die Kernkraftwerke durch Energieträger ersetzt werden müssten, die Wald und Seen nicht zusätzlich belasteten.

Nach Tschernobyl: Wie sehr sind wir gefährdet?

Unsere Kernkraftwerke sind sicherer – aber ...

Bei Harrisburg in den USA – das wissen wir nun nach Jahren intensiven Forschens sicher – ist 1979 der Reaktorkern teilweise zusammengeschmolzen. Der materielle Schaden geht in die Milliarden. Einer der schlimmstmöglichen Unfälle ist tatsächlich eingetreten. Obwohl aus Tschernobyl nur spärlich sachliche Information fliesst, darf aus der grossen Wolke mit dem Spaltprodukt Jod doch der Schluss gezogen werden, dass der Reaktorkern schwersten Schaden genommen hat. Die Havarien in Tschernobyl und Harrisburg sind also nach heutiger Kenntnis etwa gleich gravierend. Damit sind nun aber die Gleichheiten endgültig zu Ende.

In den USA blieben die radioaktiven Spaltprodukte (das Gefährlichste des Kraftwerks) praktisch voll auf das Werksgelände beschränkt. Die Brennstäbe mit dem Uran zerschmolzen, die flüchtigen radioaktiven Stoffe wie Jod hatten damit

Schweizer Atompolitik: Nichts ändern

eine erste Sicherheitsbarriere durchbrochen. Aber die zweite Barriere, das Reaktordruckgefäss aus rund 15 cm starkem fehlerfreiem Stahl, hielt stand und umschloss den gefährlichen Reaktorkern sicher. Das ganze Kraftwerk mitsamt dem lebenswichtigen Kühlwasserkreislauf wird von einer dritten und vierten Barriere, dem Reaktorsicherheitsgebäude (Containment), umgeben, das noch zweimal einen dichten Abschluss gegen die Aussenwelt bietet. Mit seinen zwei Hüllen



Der «Taschenbunker», 1982 von einer Basisfriedensgruppe herausgegeben. «Im Falle eines atomaren Angriffs schnell entfalten, über den Kopf stülpen und das Ende abwarten» – so die Gebrauchsanweisung auf dem Einkaufssack. (Bild Urs Siegenthaler)

Alarmorganisation war erschienen, direkt peinlich, dass die nicht wegzudiskutieren lung der Luft und des Bodens mussten. So etwa ein Vertretung im «Ziischichtungs-C» er das Ganze eher als ein Übungsfall denn als ernstes Unglück betrachten wollte.

Wer aber gehofft hatte, dass Vertreter würden vernünftiger sah sich getäuscht. Bundespräsident

... stete Aushöhlung unserer Demokratie

liess via «Sonntagsblick» galten, dass «die öffentliche Meinung den Tatsachen übereinstimmt, ihm aber nicht einstimmt, lässt er sich auch nicht Konzept bringen. Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit Schweizer den Bau des KKW ablehnt, veranlasst ihn lediglich, dass doch «immerhin dafür sind»!

In einem aber haben die Befürworter recht: Die Strahlertat nicht die Wirkung der Plutoniumverbreitung, sondern die Umwandlung in radioaktive Stoffe, die in der Natur vorkommen.

Druck des fast 300 °C heissen Dampfes aufzufangen.

Die zweite, dritte und vierte Sicherheitsbarriere haben in Harrisburg standgehalten. Es trat so wenig Radioaktivität aus, dass die staatliche Untersuchungskommission wörtlich schreiben konnte: «Die effektiven Abgaben werden einen vernachlässigbaren Einfluss auf die physische Gesundheit von Personen haben.» Im kritischen Gebiet mit zwei Millionen Einwohnern wäre – so der Bericht – in den nächsten 30 Jahren auf Grund «natürlicher» Ursachen mit 300 000 Krebstodesfällen zu rechnen, auf Grund des Reaktorunfalls statistisch mit zusätzlichen 0,7 Todesfällen.

Wie steht es demgegenüber in Tschernobyl? Nach den Angaben der Internationalen Atomenergie-Agentur IAEA in Wien ist der russische Reaktor von keilförmigen drei genannten Sicherheitsbarrieren umgeben. Statt des Reaktor Druckgefässes liegt ein offener riesiger Graphitblock vor, statt des Reaktorsicherheitsgebäudes ausgerechnet ein Haus in Leichtbauweise. Dass entzündbarer Graphit statt Wasser den Reaktorkern umgibt, macht das Problem noch «brennender». Einzig der biologische Schild, ein Betonmantel um den Graphitblock, steht dem Austritt der radioaktiven Stoffe entgegen. Doch der ist – als fünfte Barriere – auch bei allen westlichen Kraftwerken vorhanden.

Schon die Konstruktionspläne zeigen es also mit aller Deutlichkeit, und die Unfälle von Tschernobyl und Harrisburg machen es nun auch der Weltöffentlichkeit klar: Gemessen am westlichen Standard zeigen diese russischen Kernkraftwerke völlig ungenügende Sicherheitsvorrichtungen. Unserem Bündner Bundesrat Schlumpf ist darum recht zu geben, wenn er es im Hinblick auf Tschernobyl für unnötig erachtet, die schweizerische Atompolitik zu ändern. Unsere KKW enthalten keinen brennbaren Graphit und haben dank der fünf Sicherheitsbarrieren die Bewährungsprobe von Harrisburg bestanden.

HANS RUEDI BRUGGER, SCHIERS

gen: Sicher ist nichts. Ob es sich lohnt, für das bisschen Strom ganze Länder samt ihren Menschen aufs Spiel zu setzen? Was kann ich tun, wenn ich das nicht will, wenn ich nicht einverstanden bin mit der bestehenden Möglichkeit der Verseuchung? Weshalb müssen wir uns diese Diktatur der Atomstromproduzenten gefallen lassen?

ADRIAN RUCKSTUHL, LIGORNETTO

★

Obwohl die radioaktive Kontamination auf dem europäischen Raum nicht zu stark dramatisiert werden soll, ruft ein solcher Vorfall doch in Erinnerung, wie wichtig die Erhaltung einer intakten inländischen Lebensmittelproduktion ist. Zugleich wird einem deutlich vor Augen geführt, dass eine zu hohe internationale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung innerhalb kürzester Frist zu einem schwerwiegenden Versorgungseingpass führen könnte.

Ein wichtiges Ziel der schweizerischen Agrarpolitik war und ist es, die Versorgung in unsicheren Zeiten zu garantieren. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Kosten für die schweizerische Landwirtschaft basierten praktisch aus-

Erhaltung der inländischen Lebensmittelproduktion

schliesslich auf einer massiven Kritik an den Überschüssen und den parallel dazu laufenden Preisforderungen der Landwirtschaft. Die jüngsten Ereignisse relativieren sowohl die Überschussproduktion wie aber auch die Kosten der schweizerischen Landwirtschaft. Sie zeigen, dass der Preis angesichts der starken Verwundbarkeit der Lebensmittelproduktion dafür wahrlich nicht zu hoch ist und eine punktuelle Überschussproduktion nur zu unserem Vorteil sein könnte.

ROLF BLEISCH, BUSSWIL

Bei uns nicht

Bei uns gibt es keine Lebensmittelvergiftung, bei uns werden nicht wissenschaftlich asbesthaltige Baustoffe verwendet, bei uns wird kein Giftmüll versteckt, bei uns gibt es kein grosses Eisenbahnunglück, unsere Swissair-Piloten fahren nicht über die Landeplätze hinaus. Bei uns kommt keiner mit zerlegter Pistole im Handgepäck durch die Flugsicherungskontrolle, bei uns gibt es keinen Finanzskandal, bei uns schießen keine Soldaten den Wald in Brand. Bei uns stürzt keine Hallenbaddecke ein. Bei uns wird es nie einen AKW-Unfall geben ... oder wenn doch, dann tragen wir Schweizer mindestens doppelt so viel an radioaktiver Verseuchung wie die unterentwickelten Ausländer.

HANS WIEDMER, BOLL-SINNERINGEN

danach. Die Organisation sei nur auf kriegerische Ereignisse vorbereitet; bei Alarm würden die Leute angewiesen, in den Keller zu gehen. Er nannte dies «vertikale Evakuierung». Eine «horizontale Evakuierung» sei bei uns nirgends vorgesehen. Auf die konkrete Frage nach gefilterter Luft und entseuchten Nahrungsmitteln kam die – wiederum von Lachen begleitet – Antwort, der Schutz vor der Strahlung sei im Keller besser als in der Wohnung und in der Wohnung besser als im Freien. Wenn die Leute im Keller Angst vor dem Ersticken haben sollten, könnten sie ja die Kellertüren offen lassen, damit ihnen die Luft des ganzen Hauses zur Verfügung stehe.

Ich frage mich wirklich, ob dieser Mann so naiv ist oder sich – aus welchen Gründen auch immer – nur so gibt. Ich jedenfalls ziehe es bei weitem vor, die ohnehin nicht gefilterte Luft des ganzen Hauses in meiner eigenen Wohnung einzusatmen und dort die ebenfalls nicht entseuchten Nahrungsmittel zu essen. So

gut waschen, kann uns wirklich gar nichts mehr passieren.

Zur Katastrophe ist zu sagen, dass wohl noch nie durch ein AKW derart viel Radioaktivität in die Umwelt gelangte. Dass die Russen darüber und über die schlimmen Folgen immer noch den Mantel des Schweigens hüllen, ist einfach skandalös. Wir haben ein Recht darauf zu erfahren, was für eine «Schweineri» in Tschernobyl geschehen ist. Dass in der Schweiz kein gleicher Unfall wie in Tschernobyl passieren kann stimmt zwar, da wir ja andere Reaktortypen in Betrieb haben. Die Wahrscheinlichkeit eines GAU mag bei uns kleiner sein, doch ist er trotzdem jederzeit möglich. Die Folgen davon wären, dass die Schweiz auf Jahre hinaus unbewohnbar würde. Es ist also höchste Zeit, mit dem Betrieb der AKW aufzuhören und schon gar keine neuen mehr zu bauen! »

VIKTOR PFISTER, ZÜRICH

★

Diesmal, so scheint es wenigstens, sind wir in der Schweiz punkto Atomverseuchung noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Trotzdem haben wir in einem gewissen Sinn den Ernstfall getestet und dabei verschiedene Erfahrungen machen können. So die, dass die hiesigen Milch- und Gemüseproduzenten von unserer Regierung buchstäblich im Strahlenregen stehengelassen wurden, während ihnen in Österreich spontan Entschädigungen zugesichert wurden.

Wer käme im Ernstfall für die Einkommensausfälle der Bauern und Gemüse-

Wer käme im Ernstfall für Erwerbsausfälle auf?

produzenten auf? Die Atomindustrie oder die Stromkonsumenten? Der Schweizer Regierung fiel die Solidarität mit dem Bauernstand bemüht schnell hingegen war sie überraschend schnell

